72 MESSERANGRIFFE PRO TAG

Die Folgen einer jahrelang komplett fehlgeleiteten Migrationspolitik treten immer offener zutage. Doch Migration ist gewollt und Teil einer grösseren Agenda. Gottes Wort bringt Licht ins Dunkel.

Raphael Berger

Solingen, 23. August 2024. Die mittelgrosse Stadt in Nordrhein-Westfalen feiert ihren 650. Jahrestag mit einem «Festival der Vielfalt». Dann geschieht das Unfassbare: Ein 26-jähriger syrischer Migrant sticht im Auftrag der Terrororganisation «Islamischer Staat» mit einem Messer wahllos auf Menschen ein und tötet zwei Männer und eine Frau. Acht weitere Menschen werden verletzt, vier davon schwer. Der Mörder kam Ende Dezember 2022 nach Deutschland und stellte in Bielefeld einen Asylantrag. Dieser wurde jedoch abgelehnt, der Täter sollte nach Bulgarien abgeschoben werden. Allerdings tauchte der Mann daraufhin sechs Monate lang unter. So verstrich die Übermittlungsfrist zur Abschiebung. Nach Ablauf derselben stellte er erneut einen Antrag auf Asyl und zog in eine Flüchtlingsunterkunft in Solingen. Der Rest ist tödliche Geschichte.

KEIN EINZELFALL

Solingen ist bei Weitem kein Einzelfall. Die Stadt ist einfach ein neueres, besonders brutales «Gesicht» einer seit Jahren komplett fehlgeleiteten Migrationspolitik in Deutschland und Europa. Seit Angela Merkel's «Wir schaffen das» im September 2015 mit der phasenweise unkontrollierten Öffnung der Grenzen registrierte Deutschland fast drei Millionen Anträge auf Asyl; mehrheitlich aus dem muslimischen Raum. Im vergangenen Jahr wurden in den EU-Ländern, Norwegen und der Schweiz 1,1 Millionen Asylanträge gestellt – ähnlich viele wie in den Jahren 2015 und 2016. 30 Prozent aller Anträge entfielen auf Deutschland. Dazu kommen 4,3 Millionen, die seit Beginn des Kriegs in der Ukraine Schutz geniessen. Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex registrierte 380 000 irreguläre Grenzübertritte im Jahr 2023, der Wert liegt auf dem Niveau von 2016. In Deutschland sind derzeit über 225 000 Menschen ausreisepflichtig, dennoch gab es im ersten halben Jahr nur 9500 Abschiebungen, während 14 000 scheiterten. Gründe hierfür sind gestrichene Flüge, nicht anzutreffende oder kranke Personen oder organisatorische Gründe. Angesichts dieser Zahlen ist es völlig unverständlich, dass das Bundesinnenministerium die Plattform «Handbook Germany» finanziell fördert, welche Asylbewerbern Tipps gibt, wie man sich einer drohenden Abschiebung entziehen kann. «Apollo News» berichtete darüber.

Dr. Markus Zehnder, Professor für Altes Testament an der Internationalen Hochschule (IHL) Bad Liebenzell und Gastdozent an der Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule (STH) Basel, wies in Bezug auf Migration in einem Interview (Ein moralisches Dilemma?, *factum* 9/15, S. 12) bereits vor neun Jahren (!) auf den wichtigen sicherheitspolitischen Aspekt hin: «Es gibt genug voneinander unabhängige Quellen, die darauf hinweisen, dass unter denen, die jetzt nach Europa strömen, auch Menschen sind, die kommen mit dem Ziel, hier Anschläge auszuführen. Wenn man das jetzt ausblendet, wird sich das in der absehbaren Zukunft rächen.» Er hat recht behalten. Seit Jahren schlägt sich der ungebremste Zugang von Migranten in den Statistiken nieder. 2023 erhöhte sich gemäss der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) die Gesamtzahl der Straftaten in Deutschland gegenüber dem Jahr 2022 um 5,5 Prozent auf 5,94 Millionen. Bei der Gewaltkriminalität wurden 214 099 Fälle (plus 8,6 Prozent) gezählt – der höchste Stand seit 15 Jahren. Ebenfalls einen deutlichen Anstieg gab es bei Messerangriffen, wobei das Onlineportal NIUS aufdeckte, dass die wahre Zahl beinahe doppelt so hoch ist wie diejenige in der offiziellen Statistik. Während in der PKS 13 844 Angriffe



mit dem Tatmittel Messer rapportiert wurden, ergab eine NIUS-Abfrage in den einzelnen Bundesländern 26 113 Messerangriffe. Das sind 72 pro Tag![1]

Auffallend ist, dass von den 2,246 Millionen (plus 7,3 Prozent) Tatverdächtigen über 900 000 (plus 17,8 Prozent) keinen deutschen Pass besitzen. Damit sind mindestens 41 Prozent aller Tatverdächtigen ausländischer Herkunft, Eingebürgerte oder Doppelbürger nicht berücksichtigt. Und dies bei einem Ausländeranteil von 15 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Der Chef der Bundespolizei, Dr. Dieter Romann, sprach die harte Wahrheit aus, dass Ausländer in der Relation zur Gesamtbevölkerung einen «sechsmal häufigeren Gebrauch des Messers bei Gewaltdelikten» haben als Deutsche. Bei den Sexualstraftaten sei dieses Missverhältnis mit Faktor sieben noch drastischer, so Romann. In Deutschlands Hauptstadt Berlin gab es 2023 im Schnitt jeden dritten Tag eine Gruppenvergewaltigung. Nordrhein-Westfalen verzeichnete im vergangenen Jahr 209 Gruppenvergewaltigungen. Nach offizieller Statistik waren 71 der 155 Tatverdächtigen deutsche Staatsbürger. Eine Anfrage zweier AfD-Politiker offenbarte nun aber, dass 37 der Tatverdächtigen, die aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft als Deutsche erfasst wurden, keine deutschen Vornamen tragen. Abgesehen davon sind Gruppenvergewaltigungen hierzulande ein neues Phänomen, die Täter stammen überwiegend aus dem muslimischen Kulturkreis. Bei einer Vergewaltigung geht es nicht in erster Linie um die sexuelle Befriedigung, sondern um das Ausleben von Macht und Dominanz. Gruppenvergewaltigungen sind Exzesse, die unsere freie Gesellschaft, die Frauen respektiert, demütigen sollen. Es geht um das Ausleben der Macht, das fortwährend nach Belieben tun zu können.



In der Schweiz ist das Messer mit Abstand die gefährlichste und tödlichste Tatwaffe. 2023 gab es gemäss der polizeilichen Kriminalstatistik zwölf vollendete Tötungsdelikte mit Schusswaffen gegenüber 25 vollendeten Tötungsdelikten mit Schneid- und Stichwaffen. Geht es um versuchte Tötungsdelikte, liegt das Verhältnis bei 19:136 (Faktor sieben), bei schweren Körperverletzungen stehen fünf Straftaten mit Schusswaffen 200 Straftaten mit Schneid- und Stichwaffen gegenüber. Bei den versuchten Tötungsdelikten gibt es 38 Schweizer Täter und 92 ausländische, von denen wiederum 25 Personen der Gruppe der «Asylbevölkerung» zugeordnet werden.

Der zweite Vorsitzende der Christlichen Polizeivereinigung, Erster Kriminalhauptkommissar a. D. Joachim Boshard, erklärte auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA, dass letztlich alle Warnungen der Sicherheitsbehörden aus dem Jahre 2015 eingetroffen seien. «Mehr Migration bedeutet mehr Straftaten», so Boshard. Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) zitierend, sagt er: «Die meisten Tatverdächtigen sind jung, männlich, arm, ungebildet und stammen aus muslimisch geprägten Ländern.» Es seien gewaltaffine Menschen, die dem säkularen Staat und seinen Vertretern wie Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste misstrauen und sie ablehnten. Diese Personen kämen mit einem gänzlich anderen Frauenbild nach Deutschland. Mit «markigen Worten von Konsequenz und Abschiebung» durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser werden die Bürger erst mal vertröstet. «Aber machen wir uns nichts vor», sagt Boshard und schiebt nach: «Ändern wird sich nichts.»

Ändert sich wirklich nichts? Nun, was neun Jahre lang (von Corona einmal abgesehen) als rechtlich illegal und technisch gar nicht möglich taxiert wurde, ist seit Mitte September Realität: verstärkte Kontrollen an den deutschen Grenzen. Dass diese effektiv sein können, zeigte sich während der Fussballeuropameisterschaft im vergangenen Sommer: Innerhalb von etwas mehr als einem Monat wurden bei Grenzkontrollen über 8000 versuchte unerlaubte Einreisen registriert, aufs Jahr hochgerechnet wären das rund 100 000. 1112 Haftbefehle wurden vollstreckt und mehr als 230 Schleuser festgenommen. Inwiefern die Pläne der Regierung zu verstärkten Grenzkontrollen nun taktische Manöver als Reaktion auf die Wahlen in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und im Hinblick auf die Bundestagswahlen im September 2025 sind, wird sich weisen.

DIE GLOBALE DIMENSION

Nun sind Ausländer an sich nicht das Problem. Im Gegenteil. Das sagt auch die Schriftstellerin Daniela Krien in einem Interview mit der NZZ am Sonntag: «Gesteuerte Einwanderung ist sinnvoll, weil sie das Leben der Einheimischen bereichert und Erstarrung verhindert.» Gerade auch systemrelevante Bereiche unserer Gesellschaft, wie zum Beispiel der Bausektor oder die Pflege, werden oft überwiegend von Ausländerinnen und Ausländern am Leben erhalten. Oft ist unsere Gesellschaft in Bezug auf Fachkräfte auf ausländische Menschen angewiesen. Das Problem jedoch ist eine Migration ohne Mass und der



religiös-kulturelle Hintergrund vieler Migranten. Nochmals Daniela Krien: «Wir orientieren uns an Wünschen, guten Absichten und ignorieren die Tatsachen.» Eine unkontrollierte Einwanderung überfordere eine Gesellschaft und zerstöre ihre lebenswichtigen Bindungskräfte, zerreisse sie in unversöhnliche Gegensätze.

«Kein Land, auch nicht das grosse Deutschland, kann alle irgendwie hilfsbedürftigen Menschen bei sich aufnehmen oder finanziell und materiell am Herkunftsort versorgen», sagte Prof. Dr. Zehnder im genannten *factum*-Interview. Ein Problem sei, dass Politiker Nächstenliebe zur staatlichen Aufgabe machen. «Das ist sie aber gerade nicht, sondern das ist Aufgabe der Gemeinden und einzelner Christen», so Zehnder. Dagegen werde die Kernaufgabe des Staates, die Aufrechterhaltung des Rechts, vernachlässigt. Recht werde andauernd gebrochen, etwa durch die Nichtbeachtung der Schengenverträge und die Nichtahndung illegaler Grenzübertritte. «All das untergräbt das Fundament eines geordneten Staatswesens: Rechtssicherheit und Gültigkeit des Rechts für alle», bilanzierte Zehnder.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Merkels Reaktion auf die Flüchtlingskrise – «Wir schaffen das» – am 31. August 2015 zeitlich eng mit der Verabschiedung der UNO-Agenda 2030 (25. September 2015) zusammenfiel. Die Vereinten Nationen verpflichteten sich damals zu einer «Transformation unserer Welt». «Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen», heisst es in der deutschen Übersetzung. In Bezug auf Migration sagt die Agenda 2030: «Wir sind uns des positiven Beitrags der Migranten zu inklusivem Wachstum und nachhaltiger Entwicklung bewusst. (…) Wir werden auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, um eine sichere, geordnete und reguläre Migration zu gewährleisten.» Migration wird in der Agenda 2030 als wichtiger Beitrag angesehen, um nach Ziel 10 die «Ungleichheit in und zwischen Ländern» zu verringern. Auch der «Globale Zukunftspakt», der erst kürzlich verabschiedet wurde, bewertet Migration sehr positiv (s. a. «Eine Umgestaltung unserer Gesellschaft», S. 11).

Der UN-Migrationspakt («Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration»), den die Vereinten Nationen Ende 2018 annahmen, bezieht sich explizit auf die Agenda 2030. Während sich die Schweiz der Stimme enthielt – und das Parlament den Pakt erst kürzlich ablehnte –, stimmte Deutschland für den Pakt; der Bundestag nahm diesen bereits Ende November 2018 mit 372 zu 153 Stimmen an. In der EU ist er seit 11. Juni offiziell in Kraft. Beim Migrationspakt handelt es sich zwar um Soft Law, das rechtlich nicht verbindlich ist. Doch die Praxis zeigt, dass insbesondere Deutschland sich dennoch «vorbildlich» darum bemüht, den Pakt möglichst wortgetreu umzusetzen.

Der Pakt postuliert, dass Migration schon immer «Teil der Menschheitsgeschichte» war und suggestiert, «dass sie in unserer globalisierten Welt eine Quelle des Wohlstands, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung darstellt und dass diese positiven Auswirkungen durch eine besser gesteuerte Migrationspolitik optimiert werden können». Deshalb müsse sichergestellt werden, «dass gegenwärtige und potenzielle Migranten vollständig über ihre Rechte und Pflichten und die Möglichkeiten für eine sichere, geordnete und reguläre Migration informiert sind». Unterstützt die Bundesregierung vielleicht auch deshalb die Webseite «Handbook Germany» oder «bewarb» und erklärte in arabischen Ländern das neue Staatsbürgerschaftsrecht?

Der Pakt vertritt überwiegend die Perspektive von Migranten und enthält viele Forderungen an die Aufnahmeländer. Ein Ziel ist es, «allen unseren Bürgerinnen und Bürgern objektive, faktengestützte und klare Informationen über die Vorteile und Herausforderungen der Migration» zu vermitteln, «um irreführende Narrative, die zu einer negativen Wahrnehmung von Migranten führen, auszuräumen». Als möglicher Fluchtgrund wird übrigens auch der Klimawandel genannt. Zwar wird der Mensch explizit in den Mittelpunkt gestellt, doch offenbart der Pakt eine Einstellung, die Menschen nicht als Subjekte, sondern als Verfügungsmasse staatlicher Lenkungsmechanismen betrachtet.

Mit der Agenda 2030 verpflichteten sich die Vereinten Nationen zu einer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft auf allen Ebenen, was nichts anderes als die Zerstörung bisheriger Strukturen bedeutet. Die aktuelle Migration muss deshalb in diesen grösseren Zusammenhang gestellt werden. «Die gewohnte Lebenswelt mit ihren nationalen und regionalen Charakteristika, Eigenheiten und Werten, die wir als



typisch deutsch, typisch französisch oder typisch schweizerisch taxierten, lösen sich zunehmend auf», schrieb Thomas Lachenmaier (Wie es so weit kommen konnte, *factum* 5/24, S. 16).

Der Historiker und Islamismusexperte Heiko Heinisch bezeichnete in einem Interview mit corrigenda.org den Islamismus folgerichtig als die mit Abstand grösste Gefahr für ganz Europa. Den 7. Oktober 2023, den Tag des Hamas-Pogroms gegen Israel und den daraus resultierenden Gaza-Krieg, sieht er als «Initialzündung innerhalb der islamistischen Szene weltweit». Seither sehe man eine zunehmende Radikalisierung und eine erstarkende Mobilisierungskraft. Heinisch spricht von einer «Aufbruchsstimmung». Teil davon sind islamische TikTok- und Social-Media-Prediger, die oft ein Millionenpublikum erreichen und zur Radikalisierung beitragen. Es sei tatsächlich so, dass man insbesondere auf TikTok mit wenigen Klicks bei radikalen Predigern lande, sagt Heinisch. Das betreffe Jugendliche, oft ab zehn oder elf Jahren, die in ihrer eigenen Einstellung noch nicht gefestigt seien und daher von solchen Predigern leicht beeinflusst werden können.

Heinisch warnt auch vor legalistischen Akteuren wie der Muslimbruderschaft oder der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüs (IGMG), welche versuchten, ihrer Ideologie unter Ausnutzung demokratischer Spielregeln zum Durchbruch zu verhelfen. Die Utopie aber sei im gesamten islamischen Spektrum sehr ähnlich. «Es geht darum, die Scharia umzusetzen, also Staaten und Gesellschaften zu transformieren, sie auf eine islamische Rechtsgrundlage zu stellen.» Die Frage, ob Gewalt angewendet werde oder nicht, sei eine Frage der Strategie.



Neben dem aus seiner Sicht notwendigen massiven Vorgehen gegen TikTok- und Social-Media-Prediger skizziert Heinisch weitere Lösungsansätze. Organisationen, die unter Extremismusverdacht stünden und in den Verfassungsschutzberichten aufscheinen, müssten für die Politik tabu sein. «Diese Organisationen müssten systematisch isoliert werden. Das heisst, es gibt keine Gespräche, keine gemeinsamen Projekte, keine Dialogrunden, und vor allem keine staatlichen Fördermittel.» Ebenso müsse man verhindern, «dass immer mehr Menschen hierherkommen, die eine islamistische Grundeinstellung mitbringen, sich dann in der bereits vorhandenen Szene weiter radikalisieren oder einzelne Moscheegemeinden hier bei uns mit ihren Einstellungen radikalisieren», führt Heinisch weiter aus. Heisst vereinfacht gesagt: weniger Migration. Dem pflichtet auch der Journalist und Verleger Roger Köppel bei: «Die Lösung des Migrationsproblems ist die Mutter aller Lösungen für die anderen Probleme: Öffentliche Sicherheit, überforderte Schulen, strapazierte Sozialwerke, auch der vielzitierte Fremdenhass: Kehrten wir zu einer massvollen, geregelten Zuwanderung zurück, verschwänden viele Missstände.»

BIBLISCHE NÄCHSTENLIEBE

Gerade auch Christen verweisen jedoch als Begründung für eine «Willkommenskultur» auf das Gebot der Nächstenliebe in 3. Mose 19,18. Markus Zehnder jedoch zeigt auf, dass das Gebot der Nächstenliebe zunächst dem Volksgenossen gelte. Allerdings werde dieses schon im gleichen Kapitel auch auf den *ger*, den Schutzbürger fremder Herkunft, der sich in die israelitische Gemeinschaft integriere, ausgedehnt. «Das gilt aber nicht im Blick auf den *nokri*, den Fremdstämmigen, der sich nur zeitweise in Israel aufhält und sich nicht in die israelitische Gesellschaft integriert.» Es werde also nicht jeder gleichermassen «willkommen» geheissen, so Zehnder. «Ebenfalls ist es wichtig, dass die biblische ‹Willkommenskultur› nie die Preisgabe der eigenen Kultur beinhaltet.» Vielmehr werde von denen, die sich dauerhaft in Israel niederlassen wollen, eine weitgehende Assimilation erwartet. Er ist auch überzeugt, dass wirkliche Liebe nicht von einer staatlichen Behörde ausgeübt werden könne, sondern im zwischenmenschlichen Bereich in freiwilliger Hingabe geschehe. Im Neuen Testament sei auch ganz klar, «dass jede Art von Hilfe zunächst den Brüdern und Schwestern in der Gemeinde (im weiten Sinne verstanden) gelten soll». Zehnder plädiert dafür, sich als Gläubige vorrangig um christliche Flüchtlinge zu kümmern.

Die Bibel, sagt er, helfe, «die Wahrnehmung zu schärfen, einen Blick für historische und geistesgeschichtliche Zusammenhänge zu bekommen, ethische Grundlagen zu finden und aus dem Wirken Gottes in der Vergangenheit Lehren für die Gegenwart zu ziehen». Das alles aber setze voraus, dass man sich umfassend mit der Bibel vertraut macht und nicht einfach ein, zwei Stellen herauspickt und diese dann eins zu eins auf die heutige Situation überträgt. Die Bibel hilft uns auch, trotz des Dunkels um uns herum, das kommende Licht zu sehen und wahrzunehmen. Lassen wir uns angesichts der Entwicklungen und Bedrohungen nicht entmutigen, sondern ohne Furcht frohgemut vorwärtsgehen, «denn derer sind mehr, die bei uns sind, als derer, die bei ihnen sind!» (2. Kön. 6,16).

1 Seit Juli werden auf dem Portal https://messerinzidenz.de/ Deutschlands Messerangriffe an jedem einzelnen Tag protokolliert. Eine KI durchsucht Pressemeldungen bewusst nach Schlagworten im Zusammenhang mit Messerkriminalität.